

Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion

40 Jahre Städtebauförderung - Rettet die Soziale Stadt!

Montag, den 24.10.2011 im Reichstagsgebäude

Statement von Prof. Martin Kronauer Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Der folgende Impulsbeitrag resultiert aus gemeinsamen Überlegungen mit Hartmut Häußermann.

Das Programm „Soziale Stadt“ war innovativ und ist richtungsweisend für die Bearbeitung zentraler städtischer Probleme auch in der Zukunft wegen vier seiner Merkmale. Sie lassen sich als Prinzipien formulieren: *Sozialraumorientierung*, *Partizipation*, *Integration* und *Prävention*.

Das Prinzip *Sozialraumorientierung* unterscheidet das Programm „Soziale Stadt“ von der herkömmlichen, in erster Linie investiven, auf bauliche Maßnahmen ausgerichteten Städtebauförderung. Das investive Leitbild dominiert zwar noch immer, aber es wurde im Programm „Soziale Stadt“ durch eine ausdrückliche soziale Aufgabenstellung ergänzt – die Verbesserung der Lebensbedingungen und Lebenschancen der Bewohner von „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“.

Warum ist diese Sozialraumorientierung so wichtig? Weil die räumliche Konzentration von armen Haushalten in bestimmten Quartieren die Probleme, die bereits aus ihrer sozialen Lage entspringen, noch weiter verschärfen können. Sozialbeziehungen, die sich auf Menschen in ähnlich benachteiligter Lage in der Nachbarschaft beschränken, schneiden Erwachsene von Kontakten ab, die am Arbeitsmarkt weiterhelfen könnten. Eine „schlechte Adresse“ behindert die Arbeitssuche zusätzlich. Für Jugendliche kann die Nachbarschaft der peer groups zum negativen Lernraum werden, der sie weiter abdriften lässt von Schule und Ausbildung. Die Qualität der Schulen und anderer Einrichtungen der lokalen Infrastruktur ist häufig schlechter als in wohlhabenderen

Vierteln. Unsicherheit im öffentlichen Raum verstärkt das Gefühl der sozialen Isolation und erschwert die Bewältigung des Alltags weiter.

An solchen sozialen Nachbarschaftseffekten können bauliche Maßnahmen allein wenig ändern. Aber auch die Hoffnung, Verbesserungen am Arbeitsmarkt würden schon ausreichen, um die städtische Armut zu überwinden, unterschätzt die Nachbarschaftseffekte. Jugendliche, die in der Clique hängen bleiben und die Schule nicht schaffen, haben auch bei stärkerer Arbeitsmarktnachfrage kaum Chancen. Als problematisch erweist sich schließlich auch ein häufig propagierter Politikansatz, der die Folgen konzentrierter Armut allein durch eine Steigerung der Attraktivität der Quartiere für einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen überwinden will. Abgesehen davon, dass die Aufwertung der Quartiere den Wohnraum teurer macht und damit Verdrängungseffekte hervorruft, löst ein bloßes Nebeneinander von Menschen verschiedener Herkunft und Einkommen noch lange nicht das Problem der sozialen Isolation armer Haushalte. Damit produktive Kontakte über Grenzen der sozialen Schichtung hinweg möglich werden und sich verstetigen können, bedarf es erst spezifischer Anlässe und institutioneller Anreize, die organisiert werden müssen, etwa im Umfeld von Schulen oder von Vereinen.

Kurz: die Sozialraumorientierung im Programm „Soziale Stadt“ bedeutete eine richtungsweisende und für die Zukunft unverzichtbare Innovation, weil sie die *sozialen Nachbarschaftseffekte* als ein wichtiges und eigenständiges Feld der politischen Intervention erkannte. Politisch in diesem Feld zu intervenieren erfordert, *partizipativ*, *integrativ* und *präventiv* vorzugehen.

Das Prinzip der *Partizipation*: Ein Programm, das die Bewohner von Quartieren dabei unterstützen will, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und sich für ihre Nachbarschaft mit verantwortlich zu fühlen, *muss* von der Sache her partizipativ angelegt sein. Das Programm „Soziale Stadt“ hatte dies anerkannt. Partizipation ist aber kein Selbstläufer. Sie stellt sich nicht ohne weiteres her. Es bedarf nicht nur einer Aufforderung zur Partizipation, sondern auch des Interesses an Beteiligung und der

Möglichkeit dazu. Menschen, die unter den Bedingungen von Knappheit leben und oft bereits im Alltag Schwierigkeiten haben, ihr Leben vorausschauend zu planen, erfahren sich in der Regel als machtlos und sehen meist keinen Sinn darin, sich öffentlich zu engagieren. Es bedarf organisierter Anstrengungen, Beteiligung anzustoßen. Diese sind besonders dann erfolgreich, wenn es tatsächlich etwas relevantes zu entscheiden gibt – wenn also auf der Quartiersebene finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, die nach gemeinsamer Beratung und Beschluss verwendet werden können. Partizipation muss institutionell verankert sein und vitale Interessen berühren. Die Zukunft der Kinder gehört zu solchen vitalen Interessen, auch Sicherheitsfragen im Quartier gehören dazu. Partizipation ist eine eigenständige Ressource. Denn die Bewohner wissen oft weit besser als die Vertreter von Behörden, wo die Probleme liegen und wie Abhilfe zu schaffen ist.

Das Prinzip der *Integration*: Die Anerkennung des Quartiers als Interventionseinheit erfordert notwendigerweise integrierende Handlungskonzepte. Im Sozialraum überschneiden und verdichten sich bauliche, soziale und infrastrukturelle Effekte. Hier helfen bürokratische Abgrenzungen von Zuständigkeiten und eine zersplitterte Klientelpolitik nicht weiter. Die Zusammenarbeit über Behördengrenzen hinweg, in Verbindung mit der Bereitschaft, sich auf die oft komplizierten Prozesse partizipativer Entscheidungsfindung einzulassen, stellte ein der größten, aber auch am meisten berechtigten Anforderungen des Programms „Soziale Stadt“ an die Verwaltungen und politischen Akteure dar.

Eine besondere Bedeutung für die soziale Entwicklung in Quartieren und für die individuelle Entwicklung ihrer Bewohner kommt den Schulen zu. Schulpolitik mit Quartierspolitik zu verbinden, ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ wurde sie noch zu wenig angegangen. Zuständigkeitsfragen erschweren gerade an dieser Verbindungsstelle oft die notwendige Kooperation. Von der Ausstattung und didaktischen Ausrichtung der Schulen hängt in erheblichem Maße die Attraktivität eines Quartiers für Familien, damit auch die Möglichkeit einer konstruktiv zu nutzenden sozialen Mischung ab. Aber die

Schulen allein können es nicht richten. Eltern, Jugend- und Sozialarbeit, örtliche Vereine und Polizei sind ebenfalls gefordert, durch die Art ihrer Zusammenarbeit zu verhindern, dass das Quartier zu einem „negativen Lernraum“ wird.

Schließlich: Das Prinzip der *Prävention*. Dieses Prinzip kam bereits mit dem zuvor angesprochenen Sachverhalt in den Blick. Gerade für die Jugendlichen werden in dem Quartier, in dem sie aufwachsen, in den Schulen, die sie besuchen, durch die Ausbildungsplätze, die ihnen angeboten werden oder auch nicht, wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Das Quartier selbst und die dort verankerten Einrichtungen sind dabei zwar nur Einflussfaktoren neben anderen – neben den Beziehungen innerhalb der Familie zum Beispiel oder den allgemeinen Arbeitsmarktbedingungen. Aber gleichwohl beeinflussen eben auch sie die Zukunft. Dies ist besonders relevant im Hinblick auf die Chancen, die unsere Gesellschaft Migranten und ihren Nachkommen eröffnet. Eine sozialraumorientierte Politik ist zukunftsorientierte Politik. Sie muss deshalb auch beobachten, in welcher Richtung sich die Lebensbedingungen im Quartier entwickeln – in Richtung auf soziale Durchlässigkeit und sozialen Aufstieg der Bewohner oder in Richtung auf soziale Ausgrenzung. Verständigung und Abstimmung zwischen den zuständigen Politik- und Verwaltungsbereichen und Partizipation der Bewohner sind dabei wichtige Voraussetzungen für vorausschauendes Handeln.

Um abzuschließen: Eine Politik, die sich den sozialen Herausforderungen in den Städten stellen will, muss auch und gerade beim Quartier ansetzen, und zwar partizipativ, integrativ und präventiv. Oder sie wird an den Problemen der Städte vorbeigehen.